

Betr.: **Prüfungsantrag "Zweitwohnungsabgabe"**
- Antrag der CDU-Fraktion vom 22.02.2012 -

Antragstellende Fraktion:	CDU-Fraktion
Datum:	22.02.2012
Anlagen:	--

<u>Beratungsfolge</u>	<u>Termin</u>	<u>Bemerkungen</u>
Haupt- und Finanzausschuss	06.03.2012	
Gemeindevertretung	15.03.2012	

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beauftragt den Gemeindevorstand die Einführung einer Satzung zur Zweitwohnungsabgabe zu prüfen. Diese Prüfung soll auch Erfahrungen anderer Kommunen und eine Auswertung der Zweitwohnsitze (unter Beachtung des Datenschutzes) umfassen. Der Bericht bzw. die Vorlage soll so rechtzeitig vorgelegt werden, dass ggf. noch im laufenden Kalenderjahr ein Beschluss seitens der Gemeindevertretung über eine Einführung zum 01.01.2013 gefasst werden kann.

Antragsbegründung:

Laut Statistik sind zur Zeit ca. 2000 Zweitwohnsitze in der Gemeinde gemeldet. Erfahrungsgemäß befinden sich darunter sicherlich viele „Karteileichen“, aber auch echte Zweitwohnsitze. Durch das mögliche Nicht-Anmelden eines Erstwohnsitzes geht die Gemeinde Schlüsselzuweisungen und sonstiger Umlagen verlustig. Dieses soll durch eine Zweitwohnungsabgabe ausgeglichen werden, weil es nach Meinung der CDU-Fraktion gerecht ist, vorgehaltene Infrastruktur - auch für Nebenwohnungen - mitzufinanzieren.

Die CDU-Fraktion ist darüber hinaus der Auffassung, dass die Verabschiedung einer solchen Satzung zwar die aktuelle finanzielle Lage des Gemeindehaushalts nicht entscheidend ändern wird, auch deswegen weil sie einen höheren Verwaltungsaufwand für die Gemeinde bedeutet. Wir erhoffen uns aber einen, wenn auch kleinen Effekt auf das Preisniveau für Immobilien und Wohnungen, wenn die Nachfrage nach Wohnraum durch Nebenwohnungen eingedämmt wird.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Hannjo Nawrath